

Für die fünf östlichen Bundesländer setzt die FDP konsequent auf die medizinische Versorgung durch freiberufliche, niedergelassene Ärzte. Polikliniken und Ambulatorien dürfen nicht auf kaltem Wege zu Dauereinrichtungen werden, indem man Niederlassungen finanziell unmöglich macht. Deshalb halten wir Liberale einen Zwangshonorarabschluss von 55 Prozent aus ordnungs- und gesundheitspolitischen Gründen für unakzeptabel. Wir haben dies immer wieder deutlich gemacht. Kein Arzt kann auf diesem Niveau eine Praxis aufbauen. Es ist unmöglich, von diesem Honorar Investitionskosten zu tilgen, die Zinsen zu bezahlen, Löhne und Verbrauchsmaterialien zu finanzieren, eine angemessene Altersversorgung aufzubauen und noch den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. So niedrig ist das Preis- und Lohnniveau in den fünf neuen Bundesländer doch nicht.

Die Menschen in Ostdeutschland haben ein Anrecht auf ein dezentrales, auf freiberuflicher Basis aufgebautes Gesundheitssystem. Die Kernpunkte eines liberalen Gesundheitswesens müssen auch den Menschen dort zugute kommen. Dazu gehört für die Liberalen die freie Arztwahl, ein vertrauensvolles Arzt/Patienten-Verhältnis, die Therapiefreiheit des Arztes, die Regelung der eigenen Angelegenheiten in Selbstverwaltung und die Vertragspartnerschaft mit den Krankenkassen.

Mir wird immer wieder berichtet, daß örtliche Verwaltungen in den neuen Ländern Niederlassungen verhindern. Offensichtlich sind dort immer noch die alten Gesundheitssozialisten am Werk. Damit muß so schnell wie möglich Schluß sein, und wir werden uns dafür nach der Bundestagswahl mit aller Kraft einsetzen. Eine Zwei-Klassen-Medizin darf es in einem vereinten Deutschland nicht geben. Daher müssen die freiheitlichen Strukturen unseres westdeutschen Gesundheitssystems so schnell wie möglich auch in den fünf östlichen Bundesländern etabliert werden.

Dies sind einige der zentralen Forderungen der Freien Demokraten für die kommende Legislaturperiode. □

CDU: Freie Arztwahl in den neuen Bundesländern

Drogenbekämpfung, Integration von Behinderten, Pflegenotstand – diese Schlagworte greift die CDU in dem insgesamt sehr allgemein gehaltenen gesundheitspolitischen Teil ihres Wahlprogramms auf. Und natürlich auch die Sorge um das Gesundheitswesen zwischen Elbe und Oder. Nachdem die staatliche Einheit wiederhergestellt sei, gelte es, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Deutschland müsse ein „wirtschaftlich blühendes Land werden mit einem hohen Niveau sozialer Sicherheit“.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Pflege alter Menschen

Das Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern müsse saniert und neu organisiert werden. „Dazu gehören insbesondere die freie Arztwahl, die Niederlassungsfreiheit und moderne und leistungsfähige Krankenhäuser.“ Laut Einigungsvertrag bliebe die Fortführung von Einrichtungen zur ambulanten Versorgung bis Ende 1995 möglich. Angesichts der Tatsache, daß zur Zeit noch rund 20 000 Ärzte in Ambulatorien und Poliklinken arbeiten, ist sich die CDU wohl darüber im klaren, daß die Angleichung des sozialistischen Gesundheitswesens an das westdeutsche Krankenversicherungssystem Zeit braucht.

Ein Problem im gesamten Bundesgebiet ist der Umgang mit Behinderten. Die CDU fordert in ihrem Wahlprogramm dazu auf, Behinderte nicht auszugliedern, denn „ihr Lebensmut kann Vorbild sein“. Deshalb wollten die Christdemokraten dafür eintreten, Kranken und Behinderten die bestmögliche Förderung zukommen zu lassen. „Darüber hinaus brauchen wir mehr menschliches Miteinander, Partnerschaft und Zusammenleben im Alltag.“

Um den Suchtabhängigen helfen zu können, müßten Prävention,

Beratung und Selbsthilfe verstärkt sowie Therapieplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. Vor allem müsse noch intensiver als bisher über Suchtgefahren aufgeklärt werden. Die CDU drängt in ihrem Programm auf die weitere Umsetzung des „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes“, den sie selbst initiiert habe.

Besondere Aufmerksamkeit müsse der Pflege alter Menschen gewidmet werden. „Die häusliche Pflege hat dabei Vorrang vor der Unterbringung in Heimen.“ Ambulante Dienste sollten die häusliche Pflege unterstützen, damit pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Freie Träger, ehrenamtliche Helfer und Selbsthilfeorganisationen von Senioren leisteten bereits unentbehrliche Dienste. Möglichkeiten zur Altersrehabilitation müßten gefördert und ausgebaut werden. „Menschenwürdige Pflege und Betreuung erfordern qualifiziertes Pflegepersonal. Wer alte und kranke Menschen pflegt, leistet einen für die Gesellschaft wichtigen Dienst, der Anerkennung verdient.“ Deshalb wolle sich die CDU für die Aufwertung, für eine qualifizierte Ausbildung, bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen sowie die materielle Besserstellung der Pflegeberufe einsetzen. Für die Berufsausbildung zum Altenpfleger solle eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Für dringend erforderlich sieht die CDU es an, das Pflegefallrisiko abzusichern. Dafür werde eine gesetzliche Regelung geschaffen, kündigt sie an. Wie diese Regelung auszusehen hat, bleibt im Wahlprogramm jedoch offen (Einführung einer Pflichtpflegeversicherung nach der Vorstellung des Bundesarbeitsministers Dr. Norbert Blüm?). Festgelegt wird nur, daß „Zeiten der Pflegeleistung in der Rentenversicherung stärker berücksichtigt werden“ sollten. Kli